ges
äulein
gesucht.
78 an d Geschst

1. September lüch-
und durchaus ehr-
2669
ädchen
ucht, nicht unter 20
und Behandlung,
000.— per Monat,
uskleider frei, sowie
enke.
Hesse, Schwerte,
aße 93.

ung!
au billige
olstermöbel!
Bin wieder
er Lage, meinen werten
den mit den billigsten
espreisen zu dienen
garantiere für feinste
rbeitung und allerbeste
lität. Sämtl. Sachen
Werkstätte angefertigt
olsterhaus
Walther
Nr. 40. 2409

ucht
s
chen
end. Kochen und gute
Zu erfragen in der Ge-
g. 2681

lige
äuferin
che als Filialleiterin
t gesucht.
estellt werden
2677 an d. Geschst

d Börse.
llaufgeld.
Vom 18 bis einschl.
Laufgeld 96 809 000 %
g am 17. August 1923.
. . 1 263 150 (20%)
. . . 652 625
. . . 235 500 (30%)
. . . 313 280 "
. . . 749 000 "
. . . 521 250 "
. . . 82 200 (10%)
. . . 63 400 (20%)
. . . 636 500 "
. . 3 208 000 (10%)
. . . 64 400 (20%)
. . . 81 450 (10%)
. . . 415 000 (7%)
. . . 61 150 (20%)
. . . 42 350
. . . 18 045

Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Westhofener Zeitung, Iserbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 194 — Montag, 20. August 1923 — 56. Jahrgang

Einzelnummer 40000.—M.

Zum Geleit.

Woher ich kam, wohin ich gehe, weiß ich nicht;
Doch dies: Von Gott zu Gott! ist meine Zuversicht. Fr. Rückert.

Neueste politische Nachrichten.

Das Goldzollaufgeld beträgt vom heutigen 18. bis einschließlich 24. August 96 809 900 v. H.

*

Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Post ist seit 13. August 1 200 000 Mark.

*

Die Nachrichten aus dem Reich zeigen, daß überall die Beruhigung wieder zunimmt.

*

In Chemnitz wurde ein Antrag auf Generalstreik mit einer knappen sozialistischen Mehrheit abgelehnt.

*

Wie der „Vorwärts" aus Magdeburg meldet, ist in der Provinz Sachsen die Ruhe wieder in vollem Umfange hergestellt.

*

Wie den Berlinern Blättern mitgeteilt wird, sind die Postanstalten angewiesen worden, die Notschecks der Banken in Zahlung zu nehmen.

*

Die Köln-Bonner Eisenbahnen erhöhen die Personentarife am 19. August um 200 v. H.

*

Der neue Kölner Straßenbahnfahrpreis, 150 Tausend Mark für die einfache Fahrt, tritt morgen in Kraft.

*

Gestern Sonntag fuhr Poincaré nach Charleville, wo er anläßlich einer Denkmalsenthüllung eine Rede hielt.

*

Der italienische König soll die Absicht haben, Mussolinie den erblichen Herzogstitel zu verleihen.

•

Wie die „Grazer Tagespost" aus Belgrad meldet, werden der jugoslawische und der rumänische König Ende August Masaryk einen Besuch abstatten. Letzterer wird diesen Besuch im Herbst erwidern.

•

Das Kölner kommunistische Blatt „Sozialistische Republik" ist bis zum 28. September verboten worden.

* * * *

Vermischte Neuigkeiten.

Das Schlageter-Denkmal auf der Hasklühnenburg im Harz ist fertiggestellt. Die Anregung dazu ging vom Jungdeutschen Orden aus. Von dem Denkmal sind Postkarten angefertigt, deren Reinerlös zur Hälfte dem Fonds zu dem Schlageter-Denkmal in Baden, zur anderen Hälfte dem Ruhropfer zugeführt wird.

*

In Fallersleben soll am 2. September dem Dichter des Deutschlandsliedes, Hoffmann v. Fallersleben, ein Denkmal enthüllt werden.

•

Das Deutsche Rote Kreuz konnte aus einer Chicagoer Spende in den letzten beiden Monaten über 400 Millionen an Gelehrte, Lehrer und Aerzte verteilen.

•

Die Kriminalpolizei in Halle verhaftete den Schlosser Albert Schneider, der eingestand, in den letzten anderthalb Jahren in Mitteldeutschland 21 Kirchen geplündert zu haben.

*

Infolge der andauernden Hitze und Trockenheit sind in Südfrankreich, vor allem im Gebirge, zahlreiche Waldbrände ausgebrochen.

In Bad Tölz in Oberbayern ist der ehemalige Zeremonienmeister des Kaisers, Ferdinand von Keudel, Fideikommißherr auf Schwebda bei Eschwege, im Alter von 66 Jahren gestorben.

•

In Merseburg erschoß der Forsteleve Erdmann seinen Freund aus Versehen, als er ihm eine Waffe zeigte. Erdmann tötete sich aus Verzweiflung dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

•

Der englische Dampfer „Douglas" stieß bei Mersey mit dem 5000 Tonnen-Dampfer „Artemisia" zusammen und sank. Die „Douglas" hatte 20 Passagiere und 30 Mann Besatzung an Bord. Diese wurden von dem Schleppboot der „Artemisia" gerettet.

•

Der Buchdrucker Karl Maehler wurde abends gegen 10 Uhr im südlichen Stadtteil von Essen von zwei französischen Soldaten überfallen zu Boden geschlagen und ausgeplündert. Den Franzosen, die unerkannt entkamen, fielen etwa drei Millionen Bargeln und ein silbernes Zigarettenetui in die Hände.

*

Bei Feldkirchen vor München wurde ein feldhütender Landespolizist von einem Kartoffeldieb erschossen.

*

Der französische Flieger Hemmerdinger stürzte gestern während eines Segelflugwettbewerbes in Vauville mit seinem Apparat tödlich ab.

•

Aus Schrobenhausen ist der 27 Jahre alte Bankbeamte Fritz Kugler nach Veruntreuung von mehreren Milliarden Mark flüchtig geworden.

•

Der Papst hat den Rektor der Universität Würzburg, Dr. Ruland, in Audienz empfangen, sich in deutscher Sprache mit ihm unterhalten und ihm, wie allen Gläubigen der Alma Julia, seinen Segen mitgegeben.

•

Eine neutrale Aktion in der Ruhrfrage.

TU. Amsterdam, 19. Aug. 11 holländische Vereine, darunter der Bund für Humanität und Gerechtigkeit, der allgemeine Friedensbund, haben nach eingehenden Besprechungen über eine gemeinschaftliche Aktion in der Ruhrfrage drei Manifeste angefertigt, von denen eins an die Völker Europas und Amerikas, das zweite an die Mitglieder des Völkerbundes und das dritte an die Neutralen gerichtet ist. Der Wortlaut dieser Manifeste ist folgender:

„Manifest an die Völker Europas und Amerikas! Im Juni 1919 wurden die Waffen niedergelegt, jetzt schreiben wir 1923. Niemals haben wir uns mehr nach wahrem Frieden gesehnt. Wieviel Haß, Verbitterung und Mißtrauen umgeben uns. Niemals war mehr Bedürfnis nach Arbeit und Produktion und wieviel Arbeitslosigkeit herrscht in den meisten Ländern. Niemals war eine innerliche Vertiefung notwendiger und wie groß ist die sittliche und geistige Verwilderung. Aber niemals war die Welt aller Gegensätze müder und verlangender nach Gleichgewicht. Darum richten die unterzeichneten holländischen Vereinigungen verschiedener Richtung einen Aufruf an die Völker, damit sie in dieser schweren Zeit alles dasjenige tun, was ein Volk wahrhaft groß macht, daß sie mithelfen, die Besetzung des Ruhrgebietes, die nicht nur für das besetzte Gebiet moralisch und wirtschaftlich eine Katastrophe ist, aufzuheben, damit die Ruhe in der Welt wiederkehrt. Wir appellieren an das deutsche Volk, daß es bis an die äußerste Grenze seines Könnens geht, um seine Schulden abzuzahlen, damit das Vertrauen bei seinen Gegnern wiederkehre. Wir appellieren an das italienische Volk, daß es mit all der jungen Kraft, die ihm eigen ist, mitwirkt, die Streitigkeiten beizulegen. Wir appellieren an das englische Volk, damit es seine ganze Willenskraft und Gesundheit einsetzt, um nach Billigkeit und Gerechtigkeit einen Ausweg aus all den Schwierigkeiten zu finden. Auch wenden wir uns an das amerikanische Volk, damit es hilft, das zu entwirren, was unentwirrbar scheint und daß es zum Heile Europas aus seiner Isolierung heraustritt. Weiter haben wir ein Manifest an die Mitglieder des Völkerbundes gerichtet, das lautet: „Im Vertrauen auf die wachsende Macht und im vollen Glauben, daß der Völkerbund auch einmal ein Bund aller Völker werden wird, richten wir an alle seine Mitglieder einen Aufruf, die Initiative zu ergreifen, um derartige Maßnahmen zu treffen, die zu einer friedlichen Lösung der Streitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland führen, damit die Ruhe in der Welt wiederkehre und der allgemeine Aufbau beginnen kann. Endlich haben die holländischen Verbände ein Manifest an die Neutralen gerichtet, in dem es heißt: „Auf uns Neutralen ruht eine schöne Pflicht. Vereint können wir die öffentliche Meinung in unserem Lande mit dem Friedensgedanken und dem Verlangen nach Recht durchdringen, damit nicht allein die Ueberzeugung von der Schädlichkeit der Gewalt Raum gewinne, sondern auch der ernste Wille erweckt werde, Mißtrauen und Uneinigkeit weichen zu sehen."

*

Das Ruhrgebiet als Versuchsobjekt.

TU. Essen, 19. Aug. Nach hier vorliegenden vertraulichen Mitteilungen aus Paris befürchtet man in Kreisen, die dem Völkerbund nahestehen, daß die augenblicklichen Verhandlungen zwischen Frankreich und England zu einer Beteiligung Englands durch militärische oder Finanzkommissionen an der französischen Ruhrbesetzung führen werden. Frankreich habe in London erklären lassen, daß es die Produktion des Ruhrgebietes unter französischer Aufsicht gegebenenfalls auch unter Mitwirkung der Alliierten zur Höchstentfaltung zu bringen wünsche, um auf Grund der damit erzielten und zu überwachenden Resultate die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und die Höhe der an Frankreich zu zahlenden Reparationssumme festzusetzen. Voraussetzung für die Möglichkeit dieser Art der Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit an der Hand der Ergebnisse der Ruhrproduktion sei die Abgabe des passiven Widerstands durch Deutschland.

*

Ein neues Verdammungsurteil gegen die Ruhrbesetzung.

TU. Newyork, 19. Aug. General Allan, der frühere Kommandeur der amerikanischen Besatzungsarmee am Rhein, erklärte, er habe der Regierung einen Plan für einen Eingriff in die Reparationsfrage unterbreitet. Allan nennt die Ruhrbesetzung eine Zivilisationskatastrophe. Diese Aeußerung des Generals erregte gewaltiges Aufsehen.

Die Verkehrssperre bis zum 15. September verlängert.

TU. London, 19. August. Wie die „Telegraphen-Union" zuverlässig erfährt, wird die Verkehrssperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet bis zum 15. September andauern.

Das sozialdemokratische Ultimatum an Havenstein.

TU. Berlin, 18. August. Der „Vorwärts" wendet sich in seiner gestrigen Abendausgabe wiederum in einem sehr scharfen, offensichtlich parteiamtlichen Artikel gegen den Reichsbankpräsidenten Havenstein. In dem Aufsatz heißt es zum Schluß: **Reichen Havenstein und von Glasenapp ihr Abschiedsgesuch nicht binnen drei Tagen ein, so wird die Sozialdemokratie die sofortige Einberufung des Reichstages mit dem einzigen Zweck der Beseitigung der entsprechenden Paragraphen des Selbständigkeitsgesetzes der Reichsbank verlangen.** Die Sozialdemokratie kann und will Deutschlands Zukunft auch nicht eine Woche länger in Händen lassen, denen sie in Uebereinstimmung mit allen Parteien eine Fähigkeit zur Lenkung des Geschickes in einer solchen schweren Zeit nicht zutraut.

Polen weist unterernährte Kinder aus
Auf Frankreichs Befehl.

Posen, 19. Aug. An die Polizeibehörden ist von der polnischen Regierung die Verfügung ergangen worden, in den einzelnen Bezirken Erhebungen anzustellen, ob sich Kinder aus dem Ruhrgebiet zur Erholung in Polen aufhalten, mit der Verfügung, daß solche Kinder aus Polen auszuweisen sind. Die Verfügung, die allem Anschein nach auf französische Vorstellungen hin erlassen wurde, hat bereits die Ausweisung von zwei Kindern zur Folge gehabt.

In Altkloster wurde dem zehnjährigen Sohn eines aus dem besetzten Gebiet vertriebenen Postbeamten und der zehnjährigen Tochter eines ebenfalls aus dm Ruhrgebiet vertriebenen Eisenbahnarbeiters, die bei Verwandten in Altkloster untergebracht waren, von Polizeibeamten der Ausweisungsbefehl überbracht. Die unterernährten Kinder, die auf dem Lande Ernährung finden sollten, wurden nach Deutschland abgeschoben.

Schließung sämtlicher Buchdruckereien in Mitteldeutschland und Sachsen.

Halle, 17. Aug. Die Zeitungsverleger von ganz Mitteldeutschland haben beschlossen, wegen der unerfüllbaren Tarifwochenlöhne von 36 Millionen Mark an der Spitze heute allen Buchdruckergehilfen zu kündigen und die Betriebe zu schließen. Es soll versucht werden, durch einen regionalen Tarif diese Krise zu überwinden.

Schurkische Lügenhetze.

Berlin, 17. Aug. Vor einiger Zeit legte auf dem neuen Friedhof Vogesendorf bei Mooch die Ortsgruppe der „Souvenir francaise" den Grundstein zu einem Denkmal zu Ehren des (wie es im Programm heißt) von den „Boches" im Ruhrgebiet ermordeten jungen lothringischen Soldaten Schmidt. Dieser Soldat wurde seinerzeit in Essen erschossen, aber, wie sich vor dem Kriegsgericht herausgestellt, nicht von einem „Boche", sondern von seinem eigenen Freunde, dem französischen Soldaten Mabiere.

Begegnung Baldwins mit Poincaree.

TU. Paris, 19. Aug. Dem Londoner Korrespondent des „Echo de Paris" zufolge wünscht Baldwin, mehr denn je, eine Aufrechterhaltung der Entente. Der Korrespondent glaubt die gleichzeitig aus zuverlässiger Quelle stammende Nachricht, daß Baldwin den lebhaften Wunsch habe anläßlich seines Aufenthalts in Frankreich, wohin er sich in den nächsten Tagen begeben wird, Poincaré zu sehen, annehmen zu dürfen. Zur Zeit werden bereits über die näheren Einzelheiten dieser Besprechung zwischen Paris und London Rücksprache gepflogen.

Der Landesverräter Dorten

enthüllt seine Rheinlandspläne.

Der Landesverräter Dorten hat dem Berichterstatter des „Matin" in Wiesbaden eine Unterredung gewährt, in der er mit schamloser Offenheit seine landesverräterischen Pläne entwickelt hat. Der „Matin" gibt das Frage- und Antwortspiel wie folgt wieder:

Frage: Was gedenken Sie im einzelnen zu tun?

Antwort: Wir müssen den Verbündeten zunächst beweisen, daß wir ein Werk der Erfüllung und des Friedens im Auge haben. Wir wollen, daß Frankreich und Belgien die angesetzten Reparationen erhalten. Wir sind bereit, die Lasten zu übernehmen, die uns zufallen.

Frage: Welche Pläne haben Sie?

Antwort: Zunächst wollen wir die Emission einer **rheinischen Währung** erwirken. Ich möchte mich nicht in Einzelheiten über diesen Plan einlassen, da Berlin die Gelegenheit wahrnehmen würde, unsere Pläne zu sabotieren. Da das Reich die Rheinlande weiterhin terrorisiert (!) denken wir daran, die Verbündeten um Hilfe zu bitten, derart, daß die offiziellen französischen und belgischen Banken die Emission garantieren. Ich glaube, daß die Franzosen und Belgier dabei sehr gut fahren werden, sobald erst einmal die ersten Schwierigkeiten dieses Unternehmens überwunden sein werden.

Frage: Wie werden Sie das Wirtschaftsleben in Ordnung bringen?

Antwort: Um gegen die augenblickliche Krise anzukämpfen, halten wir es für wünschenswert, uns an der Verwaltung des Landes zu beteiligen. Wir beabsichtigen daher einen rheinländischen Wirtschaftsausschuß zu schaffen, um den Schwierigkeiten einer ständig heiklen werdenden Lage abzuhelfen. **Unsere Steuern würden fortan nicht mehr nach Berlin zur Stärkung des passiven Widerstands geschickt werden:** denn wie Sie vielleicht wissen, kommt dieses Geld nach den Rheinlanden in die Kassen der Ruhrhilfe zurück, und wird dazu verwandt, sowohl unsere Bevölkerung zu bestechen (!), wie auch zur Vorbereitung der Revanche (!).

Frage: Und die Frage der Sicherungen?

Antwort: Auch damit werden wir uns befassen: denn wir haben ein großes Interesse daran, einen künftigen Krieg zu vermeiden. Wir wünschen lediglich mit Frankreich und Belgien eine dauernde freundliche Fühlungnahme herzustellen.

Frage: Wenn Preußen aber einen Ueberfall im Rheinland wagen würde?

Antwort: **Das ist eine sehr beängstigende Frage. Will Preußen an den Rhein zurückkehren — die Antwort kann nicht ich, sondern Marschall Foch geben. Wir unsererseits müssen uns damit begnügen, aus dem Geiste unseres Volkes die Idee zu vertreiben, daß Preußen noch allmächtig ist und imstande, die Franzosen vom Rhein zu verjagen. Es handelt sich hierbei um das Ansehen Frankreichs am Rhein, und um diesen Gedanken mündlich klar zu stellen, hatte ich meinen letzten Pariser Aufenthalt drei Monate in die Länge gezogen.**

Und ein solcher Lump war einmal deutscher Staatsanwalt!

Dorten findet Anklang bei den Kommunisten.

Tu. Köln, 19. Aug. In einem Bericht des Kölner Vertreters der „Times" vom 16. August ist folgendes zu lesen: Am letzten Sonntag fand in Bonn eine Separatistenversammlung statt, zu der der übliche Regiesonderzug 2—3000 Anhänger befördert hatte. Es war wenig Begeisterung zu spüren, ausgenommen bei den Kommunisten, die die Versammlung mit Resolutionen beirrten, in den erklärt wird, daß eine rheinische Sowjet-Republik mit dem Anschluß an Moskau errichtet werden soll.

Die Forderung der Vertriebenen.

München, 20. August. Die Ausgewiesenen aus dem besetzten Gebiet hielten in München eine Massenversammlung ab und nahmen folgende Entschließung an:

„Der aus der Bevölkerung der besetzten rheinischen Gebiete unmittelbar erwachsene passive Widerstand muß nachdrücklich unterstützt und durch fortgesetzte Aufklärung der Volksgenossen im unbesetzten Gebiet gefördert werden. Die Freiheit der schmachtenden Bevölkerung zu sichern, ist Grundbedingung jedes Verhandelns. Daher fordern wir vor Aufgabe des passiven Widerstandes Wiedereinsetzung der deutschen Zivilverwaltung, Aufhebung der Eisenbahnregie Freilassung aller Verurteilten und Verhafteten, Rückkehr aller Ausgewiesenen in die Heimat, Sicherung der Bevölkerung, vor allem der Beamten und Arbeiter vor neuen Maßregelungen, Dienstentlassung der Landesverräter. Von der Regierung wird für die schwer bedrängten Beamten und Arbeiter des besetzten Gebietes wirtschaftliche Stärkung in weitgehendstem Maße gefordert. Die Betreuung der Ausgewiesenen muß für alle Berufe eine vollkommen gleichmäßige sein."

Eine Abschrift der franz. Antwort auf die engl. Note an Belgien.

Tu. Brüssel, 19. Aug. Eine Abschrift der französischen Antwort auf die englische Note wurde durch Sonderkurier dem hiesigen französischen Botschafter Herbette überbracht. Dieser wird die Note im Laufe des heutigen Tages Herrn Jaspar übergeben. Die belgische Note ist bereits ausgearbeitet. Man will aber wissen, daß die Brüsseler Regierung zur Zeit noch darüber nachdenkt, ob an Hand der Reparationsziffer der englischen Regierung praktische Vorschläge aufgestellt werden können, die zu einer Verständigung zwischen Paris, London Brüssel und Rom führen.

England lehnt die Rückgabe Zyperns an Griechenland ab.

Tu. London, 19. Aug. Vorgestern abend wurde bekannt, daß Argo Unio, der Delegierte der Nationalversammlung von Zypern, hier in London wegen Rückgabe dieser Insel an Griechenland vorstellig geworden ist und von der britischen Regierung eine durchaus negative Antwort erhalten hat. Argo Unio ist tief enttäuscht, daß England die Idee einer Wiedervereinigung mit Griechenland energisch zurückweist, erklärt aber, daß die Frage als abgeschlossen betrachtet werden müsse.

Der spanisch-französische Zollkonflikt.

Tu. Madrid, 18. Aug. Die Presse tritt einstimmig für eine energische Haltung der Regierung gegen Frankreich in der Frage der Weinzölle ein und empfiehlt gegebenenfalls sogar einen Abbruch der Handelsbeziehungen.

Ein neuer Bauernaufstand in Buchara und Fergnana.

Tu. Konstantinopel, 18. Aug. In den Provinzen Buchara und Fergnana ist, wie aus Odessa gemeldet wird, ein Bauernaufstand gegen die Sowjetregierung ausgebrochen. Die Bewegung wird von einem früheren türkischen Offizier Seliam Paschа geleitet, der an die gesamte mohamedanische Bevölkerung Rußlands einen Aufruf erlassen hat, in dem er zum Zusammenschluß unter dem Banner Islams und zur Erklärung des heiligen Krieges gegen die Kommunisten zur Befreiung Bucharas, Schiras, Turkestan und Transkaukasien auffordert.

Zur Zahlungseinstellung Hamburger Häuser.

900 Milliarden Verluste.

Hamburg, 20. August. In der Angelegenheit der Zahlungseinstellung bei der Futtermittelfirma von Appen und Co., Hamburg, läßt sich ein klares Bild noch nicht gewinnen, da der Konkursverwalter noch mit der Sichtung des Materials beschäftigt ist. Die Zahlungseinstellung soll zurückzuführen sein auf Devisenhausse-Spekulationen der Firma. Hinz kam, daß infolge der inzwischen erlassenen Devisennotverordnung die Eindeckung mit Devisen unmöglich wurde. Die Verbindlichkeiten der Firma werden auf etwa 750 bis 900 Milliarden geschätzt. Neben Hamburger Firmen sollen besonders Breslauer Häuser in Mitleidenschaft gezogen sein. Die seit etwa zwei Jahren bestehende Firma besitzt ein Kapital von etwa zwei Millionen. Als Gläubiger kommen nach der Voss. Ztg. hauptsächlich Breslauer Firmen in Betracht, jedoch sollen sämtliche Hamburger Futtermittelimporteure beteiligt sein.

Zur Lage.

Verurteilungen.

Witten, 20. August. Vor dem Militär-Polizeigericht hatte sich Landrat Hansmann aus Hörde zu verantworten. Ihm war vorgeworfen, Spionage getrieben und während der Verkehrssperre im Juli die Grenze des besetzten Gebietes ohne besondere Erlaubnis überschritten zu haben. Die Anklage erblickt die Spionageverhandlung darin, daß Landrat Hansmann Verfügungen und insbesondere Fragebogen des Regierungspräsidenten in Arnsberg, betreffend die Besatzungstruppen, ihre Ausrüstung, Quartiere, Bewaffnung, Telefunkenstationen und dergleichen an die Gemeinden seines Kreises weiter gegeben habe. Der Angeklagte verwahrt sich dagegen, in irgend einer Form Spionage betrieben zu haben, gab jedoch zu, die fraglichen Schriftstücke weitergegeben zu haben.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Voß, Dortmund, an, der darlegte, daß der Angeklagte als Vermittlungsstelle zwischen seinem Vorgesetzten, dem Regierungspräsidenten, und den ihm unterstellten aber diese Uebermittlung von Verfügungen weder als feindliche Handlung noch als Spionage aufgefaßt werden könnte. Es sprach daher den Angeklagten entgegen dem auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und zehn Millionen Mark lautenden Strafantrag von der Anklage wegen Spionage frei verurteilte ihn aber wegen Ueberschreitung der Grenze, trotz Verkehrssperre, zu 100 Millionen Mark Geldstrafe.

In der gleichen Sitzung wurde der Bahnhofsvorsteher Friedrichs aus Wengern wegen Ausführung eines Transports von Streikgeldern zu einem Jahr Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Gebrauchs von Personalausweisen mit gefälschtem Zirkulationsstempel, sowie wegen Ueberschreitens der Grenze des besetzten Gebiets trotz Verkehrssperre wurden gegen 17 verschiedene Angeklagte Geldstrafen bis zu 100 Millionen und Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verhängt.

Die neue Währung und ihre Folgen.

Dem „Westf. Tagebl." entnehmen wir folgendes:

Ohne Rücksicht auf etwa noch kommende Kursschwankungen kann man schon jetzt sagen, daß die Mark als Währung erledigt ist. Die Zeit ist demnächst endgültig vorbei, in der der Staat durch Notendruckerei Enteignungspolitik größten Stils betreiben und dadurch weite Schichten der Verelendung preisgeben konnte. Jedermann weigert sich schon jetzt wertvolle Sachgüter einzutauschen gegen wertloses Papiergeld. Wertbeständige Steuern und Tarife, Auflegung der Goldanleihe usw. sollen den Uebergang zur neuen Währung bilden und vorbereiten. Wie diese aussehen wird, ist im Einzelnen nicht zu erkennen. Es ist aber schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die neue Währung ausgeben muß von einer gesunden Wirtschaftspolitik. Finanzielle Maßnahmen können gute technische Hilfsmittel darstellen, wenn eine Währung auf gesunder Grundlage beruht. Diese Grundlage muß aber durch die Wirtschaft geschaffen werden: Wirtschaft und Währung hängen untrennbar zusammen; eine gesunde Wirtschaft kann eine gesunde Währung erzeugen, niemals aber eine todkranke Wirtschaft eine stabile Währung. Die Währungspolitik der nächsten Zukunft muß also Wirtschaftspolitik und nicht Finanzpolitik sein. Die Zeiten des wirtschaftlichen Sozialismus (auch einer solchen abgeschwächter Art) dürfen auf keinen Fall mehr wiederkommen.

Die nächste Folge der neuen Währung wird eine Anpassung der deutschen Inlandspreise an die Weltmarktpreise sein. Bisher lagen sie beträchtlich unter ihnen; von einer eigentlichen „Teuerung" von der soviel gesprochen wird; konnte nicht die Rede sein; sonst wäre der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft durch das Ausland niemals möglich gewesen. Weltmarktpreise und Friedenspreise sind jedoch nicht gleichbedeutend. Vielmehr liegen die Weltmarktpreise durchschnittlich 50—60 Prozent über den Friedenspreisen. Der Großhandelsindex belief sich (wenn man 1913 = 100 setzt) in England im Juni auf 143 und in den Vereinigten Staaten auf 139,2; im Januar stand er dort sogar auf 177,6. Gewisse unentbehrliche Rohstoffe sind noch weit über den Durchschnittindex hinaus gestiegen. So z. B. kostete in England die Förderkohle, deren Preis im Januar 1913 sich noch auf 10—11 Schilling belief, im Juni 22 Schilling. Der Index für Kolonialwaren und Genußmittel betrug im Mai sogar 215, der Bekleidungsindex der Vereinigten Staaten belief sich zu derselben Zeit auf 198. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist damit zu rechnen, daß die deutschen Inlandspreise über den jetzigen Stand um ein Beträchtliches hinausgehen werden.

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

14 (Nachdruck verboten.)

„Wenn man mich nicht sofort erkannte, so hat man nachträglich Aufschluß über meine Person erhalten. Man weiß daß ich die „Ligne noire" kenne und entzieht mir die Geheimschrift, weil ich sofort den richtigen Faden für die Entdeckung Ihrer Verfolger in der Hand hätte. Man weiß auch, daß ich über die anderen Klubs einigermaßen informiert bin . . ."

„So handelt jeder Klub für sich, ohne die Zentrale zu benachrichtigen?"

„Lieber Rechenbach, es gibt keine Zentrale. In der anarchistischen Weltanschauung wird alles verdammt, was mit dem Gedanken eines Oberhauptes, einer Regierung zusammenhängt. Auch in ihrer Partei gibt es keine Regierung, nur gleichberechtigte Mitglieder. Jede Gruppe handelt für sich allein, jeder ist selbst Partei oder Haupt, kurz, es gibt keine Unterordnung und keine Ueberordnung."

„Das finde ich doch sehr gut für die menschliche Gesellschaft," warf der Staatsanwalt ein.

„Da haben Sie ganz recht, denn wenn diese Partei unter der Leitung eines kräftigen gewaltigen Geistes stände, so würde sie wahrscheinlich alle dunklen Elemente des Menschengeschlechtes unter diesem Szepter vereinigen und mit der Begeisterung für ihr Oberhaupt gingen auch ihre Taten Hand in Hand. Daß sie sich zersplittern, nimmt ihnen die große Gefahr."

„Aber warum warnen sie ihre Opfer vorher?"

„Das ist ein Zug von Großmut. Sie wollen keine gemeinen Mörder sein, sondern die Richter und Rächer der verfaulten menschlichen Gesellschaft, wie sie sagen. Darum stellen sie jedem ihrer Opfer das Todesurteil zu. Er soll nicht ohne Wissen und ohne Kampf zu Grunde gehen, denn sie sehen selbst in ihm, dem Tyrannenknecht oder dem Tyrannen selbst, das gleichberechtigte Menschenkind. Und wenn sie den Kampf aller gegen alle predigen, so bleibt es immer ein Kampf, der bewußt von beiden Seiten geführt werden soll."

„Wozu dann aber die Geheimschrift?"

„Mein Freund, weil dieser Zug von Edelmut eine Maske, weil diese gottvergessenen Verbrecher eben doch nur Verbrecher sind. Scheinbar warnen sie ihr Opfer, aber in der Tat warnen sie es nicht, denn so leicht kann man ihre Geheimschriften nicht entziffern. Es ist eine nichtswürdige, kaltherzige Mörderbande, die ihre Opfer meuchlerisch überfällt und nur aus politischer Phrase die sogenannte Warnung absendet."

„Und hat der Polizeirat Rumpf die Warnung seiner Gegner nicht zu entziffern gesucht?"

„Der unglückliche Mann war eine starke Natur, einer von jenen Geistern der alten Schule, die den Begriff Furcht aus ihrem Lexikon gestrichen haben. Er trotzte der Warnung und er fiel diesem Trotz zum Opfer, zwei Schritte vor seiner Haustür. Vorsicht, mein lieber Rechenbach, ist der beste Teil der Tapferkeit."

„Mir wird ordentlich unheimlich zu Mute bei dem Gedanken, daß ich eine so überlegene Gegnerschaft zu bekämpfen habe. Da wird man ja seines Lebens überdrüssig, denn wenn wir wirklich den ersten Schlag abwenden, wird ein anderer zu anderer Zeit fallen."

„Das ist schon möglich."

„Also was soll ich tun?"

„Dorthin gehen, wo man Sie nicht aufspüren kann."

„Aber ich muß doch leben, muß mein Brot verdienen."

„Wenn Sie Ihr Brot in der Großstadt verdienen wollen, werden Sie eben nicht leben, denn man wird doch einen unbewachten Moment finden, das Todesurteil, das über Sie gesprochen scheint, zu vollziehen . . . Aber ich denke, Sie haben ein kleines Vermögen von Ihrer Mutter ererbt?"

„Ja freilich, das reicht jedoch kaum hin, das Leben eines Proletariers zu führen, einschließlich der kleinen Pension, die mir als jungem Beamten zufallen würde."

„Da kann ich Ihnen eben nur raten, das Leben eines Proletariers zu führen, denn besser schlecht leben, als gar nicht leben. Unter uns gesagt, ich habe schon für Sie gesorgt. Ich kenne eine Gegend unseres schönen Vaterlandes, tief im Waldgebirge, wo sich um ein kleines Eisenwalzwerk einige zwanzig Arbeiterhäuser gruppieren. Jeder Arbeiter ist dort Grundbesitzer und seine Arbeitsstelle erbt sich vom Vater auf den Sohn weiter. Kein fremder Arbeiter findet in der Eisenhütte Beschäftigung, er findet nicht einmal Wohnung, denn die fünfzig oder sechzig Arbeiter fühlen sich solidarisch und lassen keinen Fremdling herein. Der Teufelsgrund heißt das stille Tal und zufällig ist dort ein Häuschen zu verkaufen, weil die Familie ausgestorben ist. Dies Häuschen kaufen Sie und leben dort . . ."

„Dies Leben ist so gut wie Tod."

„Nein, nein, Sie finden dort eine ganz nette Gesellschaft, den Förster am Ort, ein paar andere aus der Umgegend, eine halbe Stunde ab den Oberförster des Bezirkes, den Direktor der Hütte, den Besitzer, einige Beamte und einen alten Pensionär."

„Sie kennen den Ort wohl ganz genau?"

„Ja, ich habe einmal als ein Förster erschossen wurde, und kein Mensch eine Ahnung hatte, wer der mörderische Wilddieb gewesen sei, längere Zeit zur Untersuchung des Falles dort zugebracht. Der Wilddieb und der Mörder in einer Person war die sehr resolute Frau eines Arbeiters . . . Seit jenen Tagen habe ich das Fleckchen Erde im Auge behalten und es für mich ausgesucht, falls ich mich einmal den Nachforschungen eines überlegenen Gegners zu entziehen wünsche."

„Aber werden sie mich nicht auch dort aufspüren?"

„Sie müssen eben vollständig verschwinden, es darf keinen Staatsanwalt Rechenbach mehr geben. Sie müssen Ihren Namen ändern, Ihren Beruf verleugnen. Ein anderes Mittel zu Ihrer Rettung kenne ich nicht. So lange Sie hier sind, wird Sie Kluge schützen, und Sie müssen so lange hier bleiben, bis der erste Streich gegen Sie geführt ist. Von dem Augenblick an müssen Sie verschwinden, denn von da an beginnt unsere ernsthafte Arbeit."

In diesem Augenblick kamen Gurisch und Kluge zurück und Breitschwert stand auf, sich zu verabschieden.

„Für die nächsten Tage muß ich meinen getreuen Mitarbeiter noch für mich haben, da wir erst die Untersuchung in meinem Hause zu beendigen haben. Von dann ab, lieber Gurisch, sind Sie Ihres Hüteramtes entbunden und wir werden mit Freuden auf Ihre tätige Mitwirkung in dem gefährlichen Kampfe, den wir zu führen haben, rechnen . . . Adieu, meine Herren, kommen Sie, Kluge, an die Arbeit."

(Fortsetzung folgt.)

Goldmarkpreise bedingen natürlich Goldmarklöhne, diese aber wiederum Goldmarkleistung. Von dieser Goldmarkleistung kann sich — das ist der lohnpolitische Sinn der Goldmarkwährung — kein Stand befreien, wenn er nicht seine Ansprüche an die Lebenshaltung auf das primitivste Maß herabdrücken will. Bevorzugung einzelner Schichten der Bevölkerung, die der Staat durch Zuwendung von nicht verdientem Papiergeld bisher gewähren konnte, werden hinfort nicht mehr möglich sein, da die ehrliche Goldrechnung den anderen Volksschichten sofort von der ihnen drohenden Benachteiligung Kenntnis geben und sie zu entsprechenden Gegenmaßnahmen veranlassen wird. Schon aus diesem Grunde wird die Einführung der neuen Währung gleichbedeutend sein mit dem Beginn größerer, innerer Erschütterungen, die dann noch besonders groß werden müssen, wenn die neue Währung die innere Brüchigkeit vieler Betriebe klar erweisen und dadurch Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeit größten Umfanges auslösen wird.

Die kommende Krise kann nur dadurch überwunden werden, daß jedermann — sei es Unternehmer, sei es Arbeiter — seine Ansprüche auf das bescheidenste Maß herabmindert. Die neue Währung muß eine Währung schwerster Opfer für alle sein; wenn sie das nicht ist, wird auch sie den Weg der Mark gehen.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, 20. August 1923.

Erinnerungen.

1639 Der Dichter Martin Opitz gestorben.
1854 Der Philosoph F. W. J. Schelling gest.
1905 Der Dichter Heinr. Bluthaupt gest.
1905 Der Maler Emil Doepler d. Aeltere gest.
1914 Die Deutschen rücken in Brüssel ein.
1915 Italien erklärt der Türkei den Krieg.

Die Macht des Einzelnen.

Wir können nicht alle ganze Menschen sein, starke Menschen. Es wird immer Führer und Geführte geben. Und doch soll man ja nicht glauben, daß die Macht des Einzelnen unter den Geführten verschwinde gegenüber der Macht des Einzelnen unter den Führern. Nichts ist ansteckender als das Beispiel, und erst dadurch, daß der Einzelne Anhänger findet, gelangt er überhaupt zu Macht und Einfluß. Hauptsache bleibt, daß die Geführten nicht Verführte werden, daß der Einzelne nicht blindlings glaubt und gehorcht, sondern, wenn er schon nicht andere zum Besseren führen kann, sich selbst führen lernt! Wenn das mehr beachtet würde, unterbliebe viel Trauriges im Menschenleben — und im Leben der Völker! Die Macht des Einzelnen ist gewaltig, auch wenn er nicht hervortritt; er bleibt ein Teil des Ganzen, dessen Gedeihen auch von ihm abhängt.

*

(—) **Bilder vom Tage** sind wieder eingetroffen und bei der Buchhandlung Carl Braus ausgestellt.

(—) **Gutscheine.** Wir verweisen auch an dieser Stelle auf das in heutiger Nummer befindliche Inserat der Fa. Andernach u. Bleck, Halden a. d. Lenne, und ersuchen die Geschäftswelt, diese Gutscheine in Zahlung zu nehmen.

+ **Aus der kathol. Gemeinde.** Um mit der rasenden Geldentwertung einigermaßen Schritt zu halten, hat die Friedhofskommission der kathol. Gemeinde in einer gestern abgehaltenen Sitzung die Preise für Grabstätten neu geregelt und zwar wurde der jetzigen Preisbemessung ein mittlerer Stundenlohn zu grunde gelegt. Danach müssen bis auf weiteres gezahlt werden: Für Erbgruften 370 000 M. pro Grft. für ein Reihengrab (Erwachsene) 130 000 M. Kindergrab 80 000 M. Die neuen Preise treten sofort in Kraft.

+ **Der Friedensgesellschaft** (Ortsgr. Schwerte) ist es gelungen, den Prinzen Max von Sachsen (Bruder des letzten sächsischen Königs), den bekannten kathol. Priester und Universitätsprofessor zu Freiburg, für einen Vortrag zu gewinnen. Derselbe spricht am kommenden Donnerstag abend 7½ Uhr im Kötterschen Saale über „Krieg dem Hasse — Krieg dem Kriege". Wir zweifeln nicht, daß sich der Vortrag eines überaus zahlreichen Besuches zu erfreuen hat.

)!(**Volksernährung.** Der Herr Reichskanzler hat erneut darauf hingewiesen, daß der heldenhafte Widerstand an Rhein- und Ruhr einer entsprechenden Unterstützung im unbesetzten Gebiet bedarf, und daß insbesondere alle dort nicht nur für das besetzte Gebiet, sondern für das gesamte Reich gebrachten Opfer vergeblich wären, wenn Unruhen, sei es auch nur zunächst solche örtlicher Art, die Gefahr bringen, und zum mindesten den Anschein erwecken würden, daß aus dem deutschen Volke selbst der Zusammenbruch seines Staates komme. Mit den wichtigsten Aufgaben bei der Beruhigung der Bevölkerung liegen auf dem Gebiete der Volksernährung. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, wie dringend notwendig es ist, möglichst viele Nahrungsmittel zu erzeugen und dem Verbrauche der Allgemeinheit zuzuführen. Zu diesem Ziele ist, ungeachtet der sich aus einer Annäherung an die Weltmarktpreise ergebenden Schwierigkeiten der Abbau der Reste der Zwangswirtschaft in Angriff genommen. Die immer nachdrücklicher hervortretenden Forderungen einer Neuordnung der Verteilung des Eigentums und der Nutzungen an Grund und Boden im Sinne einer Förderung der Erzeugung geben den Nutzungsberechtigten der landwirtschaftlichen Grundstücke vermehrten Anlaß, die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebsart nachzuweisen.

Uebertriebenen Preisforderungen muß in jeder möglichen Weise entgegengetreten werden. Dabei mache ich darauf aufmerksam, daß nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (Reichsgesetzbl. Nr. 595) auch das Anbieten übermäßiger Preise strafbar sein kann. Durch § 11 des von dem Reichsrate bereits in 2. Lesung beratenen neuen Entwurfs einer Preistreiberei-Verordnung wird die Strafbarkeit noch deutlicher festgestellt.

In einer Zeit, in der zahlreiche Volksgenossen Mangel selbst an den notwendigsten Lebensmitteln leiden, muß jede Völlerei umso mehr Anstoß erregen. Durch polizeiliche Maßnahmen allein kann hier nicht ausreichend geholfen werden. Es ist geboten, daß in der Bevölkerung selbst die Ueberzeugung von der Unsittlichkeit eines solchen Verhaltens deutlich zum Ausdruck kommt.

Die Zuführung von wohlfeilen Nahrungsmitteln an die Minderbemittelten gewinnt immer größere Bedeutung, je mehr die Not steigt.

Im übrigen ist es unerläßlich, die Bevölkerung darüber aufzuklären, inwieweit die Entwertung unserer Währung auf die Preise der Lebensmittel einwirkt, damit den Erzeugern und Verkäufern nicht unbegründete Vorwürfe erwachsen, die der Versorgung der Bevölkerung nur abträglich sein können und zu einer gefährlichen Verhetzung führen können. Die Reichsregierung hat bereits auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens Maßnahmen getroffen, damit die Entwertung der Mark rascher und zuverlässiger als bisher in den Bezügen gefolgt wird. Das gleiche ist für soziale Bezüge geschehen.

Die Schwierigkeiten, die heute bei der Versorgung mit Kartoffeln bestehen, beruhen fast ausschließlich auf der durch die abnormen Witterungsverhältnisse herbeigeführten Verzögerung der Ernte der Frühkartoffeln. Auch nach den günstigsten Erntejahren sind zu der jetzigen Zeit kaum noch Bestände an alten Kartoffeln vorhanden gewesen, da ihre Haltbarkeit nur noch eine geringe sein kann. Soweit noch Vorräte vorhanden sind, ist alles Mögliche geschehen, um sie den Bezirken des dringendsten Bedarfs zuzuführen.

(!) **Nach Mitteilung der Handelskammer** zu Dortmund hat der Justizminister durch Erlaß vom 28. Juli 1923 den Fabrikbesitzer Josef Tilmann in Dortmund zum Handelsgerichtsrat mit der Amtsdauer vom 1. Oktober 1923 bis 1. Oktober 1923 wiederernannt.

„." **Milch und Milcherzeugnisse.** Von maßgebender Stelle wird uns mitgeteilt: In Milcherzeuger-Molkerei und Händlerkreisen ist vielfach die Auffassung verbreitet, daß nach dem 15. Mai 1923 die Sicherstellung der bisherigen Milchlieferungsbeziehungen durch den Oberpräsidenten auf Grund des § 5 Absatz 2 der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 beziehungsweise vom 22. Juli 1921 nicht mehr zulässig sei. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß durch die Verordnung zur Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 9. Mai 1923 (R. G. Bl. S. 292) die Befugnis bis zum 15. Mai 1924 verlängert worden ist. Hiernach dürfen Molkereien und alle kuhhaltenden Betriebe, welche an Sammelstellen jeder Art und an sonstige Betriebe Milch für den Frischmilchverkehr geliefert haben, Verträge über laufende Lieferungen von Kuhmilch nach einem anderen als ihrem bisherigen Empfangsort nur abschließen, nachdem sie ihren bisherigen Abnehmer von dem beabsichtigten Lieferungsvertrage Kenntnis gegeben haben und dieser den Abschluß eines Vertrages zu entsprechenden Bedingungen abgelehnt oder eine Erklärung binnen zwei Wochen nach Kenntnis der Vertragsbedingungen nicht abgegeben hat. Die Nichtbeobachtung dieser Vorschrift zieht strenge Bestrafung gemäß § 10 Ziffer u. a. o. nach sich. Die bestimmungswidrig verwandte Milch oder die daraus hergestellten Erzeugnisse unterliegen der Beschlagnahme zum Zwecke der Einziehung. Weigert sich nun eine Molkerei oder ein kuhhaltender Betrieb mit einem in seinem bisherigen Empfangsort abgabeberechtigten Empfänger zu einem der Marktlage entsprechenden Preise einen Lieferungsvertrag über eine der bisherigen Lieferung entsprechende Menge abzuschließen, so kann der Oberpräsident anordnen, daß die betreffende Milch für die Zeit bis 15. Mai 1924 zu einem von einem Schiedsgericht zu bestimmenden Preise an den bisherigen Empfangsort weiter geliefert wird; er kann ferner die zur Durchführung seiner Anordnung erforderlichen Maßnahmen treffen, insbesondere auch verlangen, daß z. B. die bisher bei der Milchlieferung benutzten Molkerei- usw. Einrichtungen ihm zur Verfügung gestellt werden. Ferner können Molkereien- und Geschäfte, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten, die ihnen durch obige Verordnung oder die auf Grund dieser Verordnung ergangenen Bestimmungen auferlegt sind, als unzuverlässig erweisen, geschlossen oder durch Beauftragte geführt werden. Außerdem kann gemäß § 4 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 10. Februar 1923 die etwa erteilte Großhandelserlaubnis wegen Unzuverlässigkeit entzogen werden.

** **Miete für möblierte Zimmer.** (Reichsamtlich.) Der Reichsminister sendet folgende Erläuterung: Bei der Vermietung möblierter Zimmer werden vielfach Mieten gefordert, die die gesetzliche Untermiete weit übersteigen und als wucherische Ausbeutung der Untermieter anzusehen sind. In der heutigen Zeit, in der die Wohnungsnot zahlreiche Personen, vor allem auch die jungverheirateten Ehepaare, zwingt, jahrelang ohne eigene Wohnung in möblierten Zimmern zu wohnen, hat die Untermiete eine besondere Bedeutung. Es ist daher durchaus verwerflich, wenn bei Untervermieterverhältnissen Mieten verlangt werden, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und die viele auf Untermiete angewiesene Personen nicht mehr zahlen können. Diese Zustände haben zu zahlreichen Presseerörterungen und zu einer berechtigten Mißstimmung in der Oeffentlichkeit geführt. Bei der gegenwärtigen politischen Lage scheint es mir daher unbedingt erforderlich, auch gegen diese Art des Wuchers vorzugehen. Ich würde es für sehr wünschenswert halten, wenn die Gemeindebehörden von Ort aus auf die bereits bestehenden Möglichkeiten zur Bekämpfung des Wuchers mit möblierten Zimmern hingewiesen würden. Besonders wichtig erscheint es mir auch, daß die Gemeinden auf Grund von Abs. 2 der preußischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz „Zu § 1 Abs. 3" der Mietverträgen über möblierte Räume anordnen, daß der Vermieter Vereinbarungen über die Höhe des Mietzinses, falls eine andere als die gesetzliche Miete zu zahlen ist, der Gemeindebehörde anzuzeigen hat. Besteht die Vorschrift, so ist die Gemeindebehörde in der Lage, den Mietzins durch das Mieteinigungsamt nachzuprüfen und bei schwerer Unbilligkeit herabsetzen zu lassen. Ich wäre dankbar, wenn die Gemeinden vor allem auch auf diesen Gesichtspunkt aufmerksam gemacht werden und bitte, baldigst zu meiner Anregung Stellung zu nehmen.

* **Inkrafttreten der neuen Postgebühren.** Die Erhöhung der Telegramm- und Fernsprechgebühren, die, wie gemeldet, zunächst eine Verzwanzigfachung der bisherigen Sätze beträgt, erfolgt am 20. ds. Mts. Die entsprechende Erhöhung der Portosätze erfolgt erst zum 24. ds. Mts., da vorher die nötigen Markenvorräte bereitgestellt werden dürften, da neue Werte bereits in Druck gegeben sind.

* **Goldmarkbanderole.** Das bayerische Handelsministerium hat dem bayerischen Tabakgewerbe die Mitteilung gemacht, daß das Reichsfinanzministerium die Nachbesteuerung für Tabak grundsätzlich fallen lassen wird und dafür eine Goldbanderole, basierend auf dem Goldpfennige, zur Einführung kommen lassen wird.

* **Ministerialerlaß gegen die Auslandsbettelei.** In einem Runderlaß weist der preußische Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtspflege auf die ernste Gefahr hin, die dem nationalen Ansehen aus der immer mehr überhand nehmenden deutschen Sammeltätigkeit im Auslande erwachse. Die hemmungslose Anrufung der ausländischen Wohltätigkeit werde vielfach in deutschfreundlichen und sogar in auslandsdeutschen Kreisen als lästige Bettelei empfunden, um so mehr, als viele dieser Bittgesuche einen bedauerlichen Mangel an Takt und Empfinden für die nationale Würde verraten. Der preußische Staatskommissar weist alle amtlichen Stellen auf die Notwendigkeit hin, diesem Mißstand entgegenzuwirken. Er macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß es nach einer unverändert, in Kraft gebliebenen Bundesratsverordnung vom 13. Februar 1917 zu jeder vom preußischen Staatsgebiet aus den Auslande betriebenen öffentlichen Sammlung seiner Genehmigung bedarf.

** **338 Verordnungen und Gesetze in einem halben Jahre** sind allein im ersten Teil des Reichsgesetzblattes in der ersten Hälfte dieses Jahres enthalten. Gesetze betreffen u. a. das Ruhegehalt des Reichspräsidenten, die Reichsabgabenordnung, den Wein, die Ersatzmünzen, die Kleinrentner, den Postscheckverkehr, die Erwerbslosen, die Dollarschatzanweisungen, die standesamtlichen Gebühren, die Geldentwertung auf den verschiedensten Gebieten, die Kaufmannsgerichte, die Entlassung der Gerichte, die Tabaksteuer, die Dienstgeldstrafen, das Strafgesetz, den Mieterschutz, wertbeständige Hypotheken, den Lohn der Heimarbeiter usw.

* * *

Sölde. In der Nacht vom 16. zum 17. August wurde bei dem Wirt Ludwig Fromme hierselbst ein schwerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt und von den Dieben 8 Phönix-Nähmaschinen die z. T. aus hell und mittel Eiche, z. T. einfach und verziert sind, gestohlen. Die Nähmaschinen führen die Nummern 1032827, 1032828, 1032829, 1032830, 1032761, 1032762, 1032763, 1032770 und haben alle Schwingschiff. Ferner ein Motorfahrrad Marke E. M. A. mit D&W-Motor, der die Nummer 345/39830 führt. Das Motorrad ist braun gestrichen. Alle Maschinen sind neu. Die Sachen sind Eigentum des Kaufmanns Ewald Erger in Hörde. Die Sachen lagerten infolge der Sperre bei Fromme. Ferner wurden noch 80 Mille Zigaretten, die die Bezeichnung Boxer und Toska tragen, mitgestohlen. Diese gehören zum Teil der Wirteeinkaufsgenossenschaft in Hörde, zum Teil war die Ware beschlagnahmte Ware. Auf die Ermittelung der Täter ist von dem Geschädigten E. Erger eine Belohnung von 50 bis 100 Millionen Mark ausgesetzt und wird gebeten, sachdienliche Mitteilungen über die Diebe und den Ort wo sich die gestohlenen Waren befinden an E. Erger in Hörde, Ludwig Fromme in Sölde und an alle Polizeibehörden und deren Organe zu richten, wobei Verschwiegenheit zugesichert wird.

Aus den Provinzen.

Iserlohn. Die Westf. Volksztg. schreibt: In den letzten Tagen sind in zwei Orten, die ihre Abwässer ohne einwandfreie Klärung in die Ruhr einleiten, größere Typhusepidemien ausgebrochen. Es ist anzunehmen, daß die Ruhr auf weite Strecken bereits mit Typhuskeimen verseucht ist. Vor Baden und Waschen in der Ruhr seitens der Bevölkerung wird deshalb eindringlichst gewarnt.

Hörde. Um der noch immer andauernden Knappheit an Zahlungsmitteln abzuhelfen, werden jetzt Reichsbank-Notgeldscheine über je 1 Million Mark herausgegeben. Die Geldscheine werden an allen Kassen der Deutschen Reichsbank wie gesetzliche Zahlungsmittel angenommen und bis zum 31. Oktober 1923 eingelöst. Auch die Reichsbankanstalten sind vom Reichsbankdirektorium ermächtigt, die Scheine als Zahlungsmittel anzunehmen.

Dortmund. Eine heitere Spitzbubengeschichte hat sich vor einigen Tagen im nördlichen Stadtteile zugetragen. Zwei Vertreter der Langfingerzunft hatten einem Händler eine ansehnliche Menge Butter und Margarine gestohlen und die Beute, wie öfter in solchen Fällen, an eine ihnen als Abnehmerin bekannte Frau verkauft. Als diese am andern Morgen von der zu mäßigem Preise erworbenen Ware etwas zum Haushalt nehmen wollte, mußte sie die Entdeckung machen, daß nichts mehr davon vorhanden war. Die beiden Lieferanten hatten es für vorteilhaft gefunden, die verkaufte Butter und Margarine während der Nacht wieder abzuholen, um sie noch einmal zu verkaufen, wobei sie aber abgefaßt wurden.

Hamm. Einem Schneidermeister der Nordenvorstadt wurde abends aus seiner Werkstatt heraus in einem unbewachten Augenblick ein in Arbeit befindlicher Anzug gestohlen. Der Wert beträgt etwa 40 Millionen (!) Mark. — Ein Landarbeiter der Nordenvorstadt hatte am Samstag seinen Rock während der Arbeitszeit auf einen Zaun gehängt. Daraus wurde ihm, anscheinend von jugendlichen Burschen, eine Brieftasche mit zwei Millionen Mark Inhalt entwendet.

Bielefeld. Blühender Preiswahnsinn! Unter dem Schutz der grünen Polizei wurden Freitag morgen auf dem Wochenmarkt ein geringes Quantum „holländische Frühkartoffeln" für 7500 M das Pfund verhökert. Jede Kartoffel ist damit zu einem Sachwert erhoben, der früher die Existenz einer achtköpfigen Familie für ein Jahr sicherstellte.

Münster. Die Lebensmittelversorgung Westfalens. Im Oberpräsidium zu Münster hat dieser Tage eine Konferenz der Regierungspräsidenten und mehrerer Fachleute stattgefunden, die sich mit der Beschaffung von Lebensmitteln und der Deckung des Geldbedarfs beschäftigte. Es herrschte darüber Uebereinstimmung, daß die erforderlichen Geldmittel für die Kommunalverwaltung zum Ankauf von Lebensmitteln sofort zu beschaffen sind. Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Mittel werden voraussichtlich ausreichen, um über die augenblickliche Not hinwegzukommen. Ein Regierungsvertreter ist nach Berlin entsandt worden, um zu veranlassen, daß jede erdenkliche Hilfe ohne jede Verzögerung eintritt, damit die leidende Bevölkerung in die Lage versetzt wird, das zum Lebensunterhalt Notwendige einzukaufen. Es besteht alle Hoffnung, daß die Bevölkerung von Westfalen in der Stunde der höchsten Not durch die zuständigen Reichsstellen geholfen wird.

Bochum. Unglücklicher Schuß. Am Samstag abend fand auf der hiesigen Kleintierfarm eine gesellige Zusammenkunft der Mitglieder und deren Familien statt. Eine Anzahl jugendlicher Burschen, die offenbar bereits unter Alkohol standen, suchten diese Zusammenkunft zu stören, indem sie sich Zutritt in die geschlossene Gesellschaft erzwingen wollten. Nachdem sie unter Hinweis auf den Charakter der Veranstaltung zurückgewiesen worden waren, entfernten sie sich zunächst, kamen aber bald wieder, um ihre Absicht mit größerem Nachdruck auszuführen. Hierbei wurden sie gegen den Wächter tätlich und dieser griff, nachdem er einen Schlag mit einem Stock erhalten hatte, mit seiner linken Hand in die Rocktasche, um seine Schußwaffe herauszuholen und zu zeigen. Hierbei ging der erste Schuß los und traf einen der Ruhestörer, Anton Blömeke aus Hattingen, in die Brust, an welcher Verletzung er bald darauf verstarb. Der unglückliche Täter stellte sich selbst der Polizei.

Bochum. Mißglückter Ueberfall. Hier ereignete sich folgender Vorfall: Ein Knabe von 13 Jahren ging mit seiner elfjährigen Schwester nach dem Friedhof an der Blumenstraße, um das Grab der Großmutter zu besuchen. Danach wollten sie noch das Grab einer schon lange verstorbenen Verwandten aufsuchen. Zu diesem Zwecke verließ der Knabe für kurze Zeit seine Schwester, um die Felder zu zählen und die Lage des Grabes festzustellen. Als er außer Sehweite war, sah das Mädchen zwei Männer auf sich zukommen. Einer sprang hinter ein Gesträuch, der zweite packte das Mädchen u. wollte es mitschleppen. Das Kind war so erschrocken, daß ihm die Stimme zum lauten Schreien versagte. Mit aller Kraft suchte es sich zu befreien, was ihm auch gelang. Da sah es von weitem einen Leichenzug kommen. Das wird auch wohl der Grund gewesen sein, weshalb der Unhold sein Opfer losließ und mit seinem Genossen das Weite suchte.

Schöffengerichts-Sitzung

+ Schwerte, 19. August.

Die Freitag-Sitzung des hiesigen Schöffengerichts leitete Herr Amtsgerichtsrat Dr. Alfiers während als Schöffen die Herren Obermeister Karl Möller von hier und Sattler Hermann Kleinhaus-Geisecke tätig waren.

Der bereits zweimal wegen Eigentumsvergehens vorbestrafte Arbeiter Wilhelm Kiecker von hier betrat als erster die Anklagebank. Derselbe ist beschuldigt, am Sonntag, 26. Mai aus der Kantine Henke im „Grüntal", wo er früher gewohnt hat, eine wollene Schlafdecke gestohlen zu haben. K., der zugibt, an dem betr. Tage in der Kantine gewesen zu sein, angeblich, um von einem Arbeitskollegen einen diesem geliehenen Geldbetrag zurückzuholen, leugnet hartnäckig, während ein als Zeuge vernommener Arbeiter Bahr unter seinem Eide angibt, gesehen zu haben, wie K. die Decke von einem Bette genommen und damit herausgegangen sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 100 Tagen, welche durch Zahlung einer Geldbuße von 10 Millionen ℳ als verbüßt erachtet werden. K. will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Wegen Mangel an Beweisen mußte der Arbeiter Paul Lueg aus Ergste von der Anklage der Teilnahme an einem Diebstahl freigesprochen worden. Es handelt sich um einen Margarinediebstahl, der vor einiger Zeit von einigen Freunden des Angeklagten ausgeführt wurde und die dieserhalb auch schon abgeurteilt sind. Trotz des dringenden Verdachtes, daß L. seine Freunde auf die gute Gelegenheit, billig an Margarine zu kommen, aufmerksam gemacht hat, mußte das Gericht auf Freispruch erkennen.

Landstreicherei, Bettel und Führung falscher Papiere wird dem aus der Haft vorgeführten landwirtschaftlichen Arbeiter Heinr. Legardt zur Last gelegt. In Gesellschaft einer in Recklinghausen in Haft sitzenden Ehefrau Schwarze hat er sich längere Zeit auch in hiesiger Gegend herumgetrieben in den Wirtschaften unter der falschen Angabe, er sei oberschlesischer Flüchtling. Geldsammlungen veranstaltet, bis er dann hier festgenommen wurde. Die Schwarze hat sich nach ihrem eigenen Geständnis auch der gewerbsmäßigen Unzucht schuldig gemacht. Das Gericht verurteilte den L., der geständig ist, zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wird, die Schw. zu einer solchen von 3 Wochen.

Wegen des gleichen Vergehens war der Schriftsetzer Johann Kühe aus Düsseldorf hier festgenommen worden. Das Gericht erkannte in diesem Falle auf Freisprechung.

Am 15. April haben die Bergleute Paul Junker und Paul Oldenburg aus Langendreer einen Bummel nach der Hohensyburg gemacht. Auf dem Rückwege wurde in Holzen tüchtig gezecht und in diesem Zustande haben sie dann aus einer umfriedigten Weide des Schäfers Beuel ein Schaf gestohlen und dasselbe bei Verwandten auf dem Höchsten geschlachtet. Später haben sie dann dem Geschädigten das Schaf bezahlt. Das Gericht verurteilte den bereits vorbestraften J. anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 150 Tagen zu einer Geldstrafe von 15 Millionen ℳ. O. zu einer Geldstrafe von 10 Millionen ℳ.

Ein Einspruch, den die Ehefrau Hermine Brandt von hier gegen einen erlassenen Strafbefehl eingelegt hatte, mußte verworfen werden, da die Frau Br. zum Termin nicht erschienen war.

Nicht sehr glückliche Verhältnisse herrschen zwischen den Familien Nowakenski und Siepmann zu Holzen. Ein Abflußrohr des Spülsteins bildete schon vor Weihnachten Streitgegenstand zwischen den feindlichen Lagern u. am 13. 3. ds. Js. kam es dann zu einer größeren Auseinandersetzung, bei welcher Gelegenheit N. von der Frau S. schwer beleidigt sein will. Andererseits hat Frau S. Widerklage gegen N. wegen tätlicher Beleidigung erhoben, die aber in der Verhandlung zurückgezogen wurde. Das Gericht nahm bei der Frau S. Wahrung berechtigter Interessen an und sprach sie infolgedessen frei.

Verschiedene Strafsachen mußten vertagt werden, da wegen Verlängerung der Verkehrssperre vielfach Angeklagte, Zeugen und Verteidigung zum Termin nicht erscheinen konnten.

Das Alter der Zeitungsanzeigen.

Während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschien zu Hamburg eine gut unterrichtete und vielgelesene Zeitung, der „Unparteiische Korrespondent". Der Verlags- und Schriftleitung dieses Blattes fällt das Verdienst zu, zuerst einen großzügigen und vielbeachteten Anzeigenteil gepflegt zu haben.

Bis etwa zur Zeit des Beginns des Siebenjährigen Krieges hatten merkwürdigerweise die deutschen Geistlichen die zweifelhafte Freude — um nicht zu sagen: den ärgerlichen Verdruß — nicht allein Ankündigungen und Verordnungen der Behörden, und Gesuche von den Kanzeln herab, nach Schluß der Predigt, verlesen zu müssen.

Nach Beendigung des großen friderizianischen Krieges sehen wir allmählich diesen althergebrachten Brauch schwinden und den Zeitungsverlegern eröffnete sich nun ein ungeahnt großes Betätigungsfeld.

Familienanzeigen führten sich jedoch erst langsam während des 8. und 9. Jahrzehnts des 18. Jahrhunderts ein. Die Auftraggeber begnügten sich mit ganz kleinem Raum und legten keinen Wert auf irgendwelche Ausschmückung des Satzbildes.

Zuerst erschienen Todesanzeigen. Wir finden jedoch — wie nebenher bemerkt sei — eine private Ankündigung über unseres großen Lessings Hinscheiden in Braunschweig im Februar des Jahres 1781, noch nicht vor.

Vermählungs- und Geburtsanzeigen bürgerten sich etwas später ein. Viel länger dauerte es, bis die ersten Verlobungsanzeigen in die Setzerstuben gelangten. Denn erst während des zweiten Jahrzehnts des verflossenen Jahrhunderts tauchten diese freudeverkündenden Anzeigen vereinzelt auf. Heiratsanzeigen sind jedoch erst eine Errungenschaft der neueren Zeit. Um das Jahr 1850 finden wir diese, häufig mit gemischten Gefühlen aufgenommenen Anzeigen erstmalig in einzelnen Zeitungen.

Wirtschaftliches.

Die Großhandelsindexziffer.

Unter der Nachwirkung der akuten Devisensteigerungen in der Vorwoche hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts von dem 183461fachen des Friedensstandes am 7. August auf das 663880fache am 14. August oder um 37,4 v. H. gehoben. In der gleichen Zeit ist der Dollarkurs in Berlin von 3,3 Mill. auf 3 Mill. ℳ oder um 10 v. H. zurückgegangen. Dieser Bewegung folgten zunächst die Einfuhrwaren mit einer leichten Senkung von dem 854903fachen auf das 832770fache oder um 2,5 v. H., während die übrigen Warengruppen noch eine Steigerung ihres Preisniveaus aufwiesen, und zwar die Lebensmittel im Großhandel von dem 349021fachen auf das 422356fache oder um 21 v. H., die Industriestoffe von dem 734806fachen auf das 1 115 425fache oder um 51,8 v. H. und die Gruppe der Inlandwaren von dem 409173fachen auf das 630102fache oder um 54 v. H.

*

Der Reichsindex der Lebenshaltungskosten.

192,2 Prozent Steigerung in der letzten Woche

Die Reichindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 13. August auf das 436 935fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (149;531) beträgt somit 192,2 Prozent. Die Entwicklung der Inderziffern der Lebenshaltungskosten und damit des inneren Wertes der Mark veranschaulicht die folgende Tabelle:

1913/14	1	
1923		
Januar-Durchschnitt	1 120	
Mais-Durchschnitt	2 504	
Stichtagziffern:		
25. April	3 081	
16. Mai	8 737	
3. Juni	6 950	
20. Juni	9 272 (+ 33	%)
27. Juni	11 785 (+ 28	%)
4. Juli	16 180 (+ 34,8	%)
11. Juli	21 511 (+ 33	%)
16. Juli	28 892 (+ 34,3	%)
23. Juli	89 336 (+ 36,1	%)
30. Juli	71 476 (+ 81,7	%)
6. August	149 531 (+ 109,2	%)
13. August	436 935 (+ 92,2	%)

Letzte Drahtmeldungen.

Zollrevision in Westhofen.

TU. Elberfeld, 19. Aug. In Westhofen wird von den Franzosen eine Zollkontrolle für die Revision des Expreßgutes und des Gepäcks eingerichtet. Den Reisenden ist dringend anzuempfehlen, daß sie sich in Westhofen zur Zoll-Kontrolle bereit halten.

Die Helden von Courrieres verhaftet.

TU. Gelsenkirchen, 19. Aug. Die Freude der Franzosen, daß es ihnen gelungen war, am Sonntag die Kokereien auf „Rheinelbe" in Betrieb zu setzen, scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein. Den französischen Regierarbeitern ist es nicht gelungen, einen ordnungsmäßigen Betrieb herzustellen. Die deutschen Arbeiter hatten es bekanntlich abgelehnt, mit den Regiearbeitern zusammen zu arbeiten. Anscheinend aus Wut darüber haben die Franzosen am 17. 8. nachmittags

sämtliche Feuerwehrleute nebst Führern, sowie eine Anzahl höherer Beamter verhaftet.

Es muß dabei hervorgehoben werden, daß die verhafteten Feuerwehrleute der gleichen Rettungsmannschaft angehörten, die bei dem furchtbaren Grubenunglück in Courrieres sich um die Rettung ihrer französischen Kameraden so hervorragende Verdienste erworben hatte.

Aufdeckung des Lenbach-Diebstahls.

Der Anfang August in der Münchener Lenbach-Galerie verübte Diebstahl kostbarer Gemälde von Franz Hals, Lucas Cranach, Hans Holbein, Rubens und andere, wurde von der Polizei aufgedeckt. Einige der gestohlenen Bilder wurden in Berlin in einem Hotel am Potsdamer Platz von einem ehemaligen Studenten namens Max Schmidt zum Kauf angeboten. Eine zweite Spur führte nach Hamburg, wo Schmidt Beziehungen zu einer Frau Fries unterhielt. Beide wurden festgenommen. Alle Bilder, mit einer Ausnahme, wurden beschlagnahmt.

Anzeigenpreise ab 18. August:
Für die achtmal gespaltene Millimeterzeile Lokale 12000 M. Ausw 24000 M. Reklame pro Millimeter 60000 M. Offertengebühr 10000 M. Auskunftsgebühr 5000 M.

Bekanntmachung.

Der Höchstpreis für 1 Liter Vollmilch ist ab 17. 8. auf 100000 — Mk. festgesetzt.

Hörde, den 15. August 1923. 2691

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von Instandsetzungsarbeiten wird die Kreisstraße Schwerte—Wandhofen—Westhofen bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. 2626

Hörde, den 16. August 1923.

Der Kreisausschuß.

Statt Karten

Adele Brinkmann
Heinrich Koch
Verlobte

Westhofen, im August 1923.
2693

Zum sofortigen Eintritt

junger Mann oder Mädchen

guter Rechner(in) für das Büro eines hiesigen Werkes gesucht.

Angebote unter Nr. 2668 an die Geschäftsst.

Der Mangel an Reichsbanknoten hat uns gezwungen,

Gutscheine

2699 in Abschnitten von

100000.– 500000.– 1000000.– 2000000.– u. 5000000.– M.

herauszugeben.

Wir bitten die Herren Geschäftsinhaber, die Gutscheine als Zahlungsmittel annehmen zu wollen. Die Scheine werden von uns sofort bei Vorkommen an unserer Kasse in Bank- oder Postscheküberweisungen oder Reichsbanknoten, sofern uns diese bis dahin zur Verfügung stehen, eingelöst.

Der Barmer Bankverein Hohenlimburg sowie die Essener Kreditanstalt Hagen lösen diese Gutscheine im Wege der Verrechnung oder soweit Reichsbanknoten zur Verfügung stehen, in bar, ohne Kosten für den Einlieferer, ein.

Halden, den 18 August 1923.

Andernach & Bleck

Inhaber: **Carl Bleck und Söhne**

Präzisionszieherei ⋄ ⋄ Kaltwalzwerk

25 25

Unseren lieben Eltern, den Eheleuten

Carl Bilz

Schwerte, Ostenstraße 35a

zu der am Montag, den 20. Aug. stattfindenden

Silbernen Hochzeit

die

herzl. Glück- und Segenswünsche

Die dankbaren Kinder. 2697

Achtung!

Wo kauft man billige



Polstermöbel?

Bin wieder in der Lage, meinen werten Kunden mit den **billigsten Tagespreisen zu dienen** Ich garantiere für feinste Verarbeitung und allerbeste Qualität. Sämtl. Sachen werden in meiner eigenen Werkstätte angefertigt

Spezial-Polsterhaus

Hugo Walther

Rosenweg Nr. 40. 409

Bekanntmachung.

Ab 20. August 1923 tritt eine neue Grundlohneinteilung in Kraft. Uebersichten sind an unserer Geschäftsstelle zu haben. Ummeldungen d. versicherten Personen sind erforderlich. Sonst erfolgt Einstufung durch den Vorstand Die durch diese Maßnahme etwa zuviel erhobenen Beiträge werden nicht zurückerstattet (2689

Schwerte, den 18. 8. 1923.

Allgem. Ortskrankenkasse Schwerte.

Stelbrink Rothenberg.

Putzfrau

für die Diensträume sofort gesucht. Günstige Bezahlung nach neuem Tarif.

Postamt. 2696

Billige, gebrauchte

Werkzeuge

für Schwerter Handwerker

wie **Drahtzangen, Hämmer, Blechscheren, Schaber, Bohrer, Drillbohrer, Schmiedezangen, Winkel, Metallsägebogen** geben ab

Jul. Aschermann A.-G.,

Schwerte, Hagenerstr. 93. 2694

Lagerräume

gesucht, möglichst Nähe Güterbahnhof, 50 bis 200 Quadratmeter.

Ausführliche Offerten mit Preisangabe unter D. B 925 an „Dag" Dt. Anz.-Ges. Köln. 2695

Fettdichtes Butterbrotpapier

ist wieder zu haben in der

Buchhandlung C. Braus

Übersetzungen

holländisch, 2692
englisch u. französisch

Hörderstr. 46 I.

Gegen Kartoffeln

gebrauchtes (2698

Schaukelpferd

zu tauschen gesucht.

Zu erfr. in d. Geschst.

Ein gebrauchtes, gutes, erhaltenes 2700

Herren-Fahrrad

zu verkaufen. Torpedo-Freilauf mit Rücktritt.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Technikum Lemgo

(Lippe)

Höhere technische Lehranstalt

Staatskommissar.